

Der Landrat wies darauf hin, dass in der Sitzung des Kreisausschusses am 07.12.2009 Einvernehmen bestanden habe, zunächst die öffentliche Anhörung von Sachverständigen im Umweltausschuss des Landtages am 13.01.2010 abwarten zu wollen und den Tagesordnungspunkt insoweit in der ersten Sitzung des Kreisausschusses in 2010 erneut zu beraten. Zudem werde die Thematik in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 28.01.2010 behandelt.

Abg. Hartmann bat die Fraktionen, Änderungswünsche zum Resolutionsantrag seiner Fraktion bis zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz kundzutun, so dass am 28.01.2010 eine von möglichst allen Fraktionen getragene Stellungnahme beschlossen werden könne.

Abg. H. Becker stellte fest, dass die Aussagen sowohl im Rahmen der Anhörung am 13.01.2010 als auch in den schriftlichen Stellungnahmen dem bisherigen Planentwurf weit überwiegend ablehnend gegenüberstünden. Der vorliegende Entwurfstext begehre, zur verbindlichen Zuweisung zurückzukehren. Er sei damit für seine Fraktion nicht tragfähig, weil durch die Zuweisung zu einzelnen Müllverbrennungsanlagen - wie in der Vergangenheit zur MVA Bonn oder Leverkusen - eine Monopolstellung der Anbieter entstehe. Um Mülltourismus zu verhindern, schlage er vor, zu einer räumlichen Zuordnung/einem räumlichen Korridor überzugehen und den vorliegenden Resolutionstext dahingehend zu ändern.

Abg. Heuel stimmte den Ausführungen des Abg. H. Becker zu.

Abg. Hartmann regte an, den soeben gefunden Kompromiss zur Herbeiführung einer gemeinsamen Stellungnahme im heutigen Kreisausschuss zu beschließen. Im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz bräuchte dann hierüber nicht mehr beraten zu werden.

Abg. Smielick entgegnete, dass die FDP-Kreistagsfraktion nicht auf die Beratung im Fachausschuss verzichten und diese zunächst abwarten möchte.

Abg. Heuel verdeutlichte, auch weitere Beratungen und Informationen könnten den Willen, Mülltourismus zu vermeiden, nicht beeinflussen. Daher könne seines Erachtens über die Resolution im heutigen Kreisausschuss abgestimmt werden.

Der Landrat wies darauf hin, dass es dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz unbenommen bleibe, sich mit der Thematik näher zu befassen. Im Übrigen werde die von Abg. H. Becker vorgeschlagene Änderung des Resolutionstexts zu Protokoll genommen.

Abg. Rackwitz-Zimmermann fragte, ob es sinnvoll sei, im Kreisausschuss einen Beschluss zu fassen, um ihn dann später im Fachausschuss noch zu diskutieren.

Der Landrat entgegnete, dass das Vorgehen des Kreisausschusses darauf beruhe, dass dieser die Angelegenheit für entscheidungsreif halte. Dennoch sollte man auch das Interesse der Fachausschüsse im Hinblick auf weitergehende Informationen zu dem Thema respektieren.